

Nicht alles funktioniert nach den Prinzipien des Marktes

Politische und soziale Bewegungen in Indonesien zur Wirtschafts- und Finanzkrise

Samia Dinkelaker führte mit der Working People's Alliance ein Interview über Schuldenkreisläufe der armen Bevölkerung, Marktösungen als Allheilmittel der Regierung und alternative Ökonomien. Dieses Interview stellt Ansätze von AktivistInnen der Organisation dar.

Samia Dinkelaker

Anders als während der Asienkrise der Jahre 1997 und 1998 scheint Indonesien wenig unter der derzeitigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gelitten zu haben, so berichten die internationalen Medien. In den Meldungen wird vor allem das stetige Wirtschaftswachstum herangezogen, um dem Konjunkturpaket der Regierung Susilo Bambang Yudhoyonos Erfolge zu attestieren. Obwohl die indonesische Wirtschaft infolge der rückgängigen Nachfrage aus den USA und Europa Exporteinbrüche erfuhr, sei Indonesien einer von »Asiens Gewinner(n)«, so etwa die *Financial Times Deutschland*. Was bedeutet die Krise jedoch jenseits von makroökonomischen abstrakten Zahlen für die Bevölkerung Indonesiens? Und welche alternativen Wege werden von Basisbewegungen eingeschlagen? Das folgende Interview über Schuldenkreisläufe

der armen Bevölkerung, Marktösungen als Allheilmittel der Regierung und alternative Ökonomien stellt Ansätze von AktivistInnen der *Working People's Alliance* (Perhimpunan Rakyat Pekerja) dar, einer indonesienweiten Organisation, die Basisbewegungen von ArbeiterInnen, Frauenorganisationen, Bäuerinnen und Bauern sowie Fischerinnen vereint. Die Organisation wurde im Jahr 2005 gegründet, konzentriert sich auf Selbstorganierungs- und Vernetzungsprozesse der *grass-roots* und versteht sich als alternative politische Bewegung.

Frage: Welche Auswirkungen der derzeitigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise für die »working people« – die Gruppen der Bevölkerung, aus deren Perspektive Eure Organisation spricht – sind derzeit zu beobachten?
Working People's Alliance: Wie jede Krise auf der Welt hat sich die ökonomische Krise auf die marginalisierte Bevölkerung in der Weise ausgewirkt, dass die Lebens-

qualität sinkt und die Arbeitsbelastung, um überlebensnotwendige Bedürfnisse erfüllen zu können, steigt. Die chronische Armut stellt immer eine Bedrohung für die Bevölkerung dar, denn in Indonesien wird, anders als in Wohlfahrtsstaaten, keinerlei soziale Sicherheit gewährleistet. Wir können uns ein Bild von dem Ausmaß der Armut machen, wenn wir einen Blick auf die Bevölkerungsstatistiken werfen: Nicht weniger als 100 Millionen Menschen leben am Rande der Armutsgrenze – wenn wir den Maßstab eines Durchschnittseinkommens von zwei Dollar pro Tag anlegen. Die Anzahl der Menschen in Indonesien, die unter der Armutsgrenze lebt, lag bis im März 2009 bei 32,53 Millionen Menschen. Das sind 14,15 Prozent der gesamten Bevölkerung.

Während die Finanz- und Wirtschaftskrise den globalen Norden hart getroffen hat, war sie kein überraschender Schlag für die arbeitende Bevölkerung in Indonesien, da sich ein Großteil der Menschen in Indonesien seit dem Jahr 1997 in einer Krise befindet. Viele Betroffene gehen mit der Krise



interview

Die Autorin studiert Politikwissenschaft und ist Mitarbeiterin bei *Watch Indonesia*.

um, indem sie ihre Konsumweise anpassen und in privaten Haushalten gespart wird. Und gleichzeitig hängt die Wirtschaft seit den Jahren 1997 und 1998 mehr denn je vom privaten Konsum ab. Weil sichergestellt werden soll, dass die Leute immerzu Konsumgüter kaufen, finden wir das Phänomen, dass immer mehr Konsumkredite vergeben werden.

Außerdem zeigen sich die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in dem größer werdenden strukturellen Druck auf den Arbeitsmarkt, durch den die Verhandlungspositionen der ArbeiterInnen geschwächt werden. Leiharbeit und *Outsourcing* nehmen zu. Nicht weniger als 70 Prozent der gesamten Arbeiterschaft sind im informellen Sektor beschäftigt. Das heißt, die Mehrheit der Arbeiterschaft arbeitet ohne jegliche Absicherung, die eigentlich ja ein Grundrecht in einem Arbeitsverhältnis sein sollte. Die Wirtschaftskrise des Jahres 2008 wurde von einigen Unternehmen zum Vorwand genommen, die Rechte der ArbeiterInnen zu beschneiden: den Lohn, Zulagen und Abfindungssummen. Die Benachteiligung geht so weit, dass die ArbeiterInnen sich gezwungen sehen, den sicheren Status in der festen Anstellung aufzugeben.

Andere Teile der Bevölkerung im landwirtschaftlichen Sektor und im Fischereigewerbe geraten in ihrem Kampf ums Überleben in immer größere Abhängigkeiten innerhalb von Schuldenkreisen. Die Preise von Grundnahrungsmitteln, Öl für den Fischfang oder Düngemittel für die Landwirtschaft steigen ständig an und folgen dabei den Marktmechanismen. Die Armut in den ländlichen Gegenden ist unglaublich groß und hat zur Folge, dass sehr viele Menschen in die Städte migrieren, um dort Arbeit zu suchen – der Großteil von ihnen im



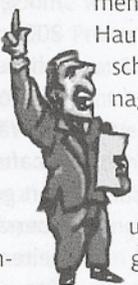
informellen Sektor. Die zunehmende Armut von arbeitslosen oder gering beschäftigten Menschen verursacht eine größere Konkurrenz unter den Arbeitssuchenden, so dass sie sich gezwungen sehen, die Beschneidung ihrer Rechte in Kauf zu nehmen.

Die Nachrichten der Massenmedien und die Erklärungen der Regierung zur Krise, – dass sie von den USA und Europa auf Indonesien schwappen wird – schürt Angst. Das fördert natürlich den Zwang zur Anpassung an immer härtere Lebensbedingungen. Die Lebenshaltungskosten steigen drastisch, insbesondere die Kosten für Nahrungsmittel und Transport. Viele Arbeitsplätze und Wohnviertel sind nicht vom öffentlichen Transportnetz abgedeckt, so dass zahllose Menschen Kredite aufnehmen müssen, um in Ratenzahlung etwa ein Motorrad zu kaufen, weil sie nur so mobil sind und an sozialen Aktivitäten teilnehmen können.

Das Krisenmanagement der indonesischen Regierung wurde von den Medien in Deutschland gelobt. Entschärfen diese Maßnahmen auch die Probleme der Bevölkerung?

In Wirklichkeit stellt das Krisenprogramm der Regierung eine Zeitbombe dar, die in dem Moment zu explodieren droht, wenn soziale Konflikte innerhalb der armen Bevölkerung ausbrechen.

Hauptsächlich verfolgen die politischen Maßnahmen des Krisenmanagements der Regierung zwei Taktiken: Zum einen sollen die Wachstumsraten der Wirtschaft, die von Investitionen und Auslandsschulden abhängig sind, aufrechterhalten werden. Zum anderen sollen Programme der sozialen Sicherheit in Form von Bargelddirektiven eingeführt werden, die an diejenigen Menschen gerichtet sind, die von der Regierung als die ärmsten Gruppen eingestuft werden. Damit sollen soziale Spannungen innerhalb des Großteils der Bevölkerung, der nicht in Wohlstand



lebt, gelindert werden. Eine andere Form der sozialen Sicherung ist die Einführung von Mikrokreditprogrammen, die die Probleme der Arbeitslosigkeit der armen Bevölkerung lösen sollen. Jedoch geht es bei diesen Programmen darum, den öffentlichen Konsum anzukurbeln. Das Netz sozialer ›Sicherheit‹ funktioniert also nach den Prinzipien des Marktes.

Die Abhängigkeit der armen Bevölkerung von finanzieller Unterstützung wird durch Kreditinstitute auf der grassroot-Ebene gewährleistet. Von Schulden abhängig zu sein, ist schon zur Normalität geworden und es bleibt nur abzuwarten, bis in Folge der massenhaften Verschuldung von Privathaushalten in der Zukunft die Stagnation einsetzen wird.

Gleichzeitig vergeben Banken immer mehr Kredite infolge des Anwachsens des Spekulationssektors und des Immobiliensektors, das insbesondere auf Investitionen in Luxuswohnungen und Malls zurückzuführen ist. Die arme Bevölkerung muss die Kosten für das Anwachsen dieses Sektors tragen: Zwangsräumungen von Wohnhäusern und traditionellen Märkten sowie Vertreibungen von StraßenhändlerInnen werden immer häufiger zur Regel.

Viele Menschen veranschaulichen die Situation des Schuldenkreislaufes privater Haushalte mit Äußerungen wie »Früher waren wir arm, weil Waren knapp waren und die Preise stiegen. Heute sind die Regale in den Märkten voll, und die Preise steigen trotzdem an. Gab es früher nichts zu kaufen, müssen wir heute nur an das Geld kommen, um die Dinge kaufen zu können.« In den Medien werden immer mehr Fälle aufgegriffen, in denen die auseinanderklaffende Einkommenskluft deutlich wird, denn nicht alle Menschen können diesem Marktmechanismus standhalten. Viele Menschen, die keinen Zugang zu Geld haben, leiden an Hunger und werden zu Zielscheiben von



Diskriminierungen, weil sie kein privates Eigentum außer ihren eigenen Körper besitzen. Das geht so weit, dass sich die Fälle mehren, in denen Menschen ihre Kinder oder ihre Körperorgane verkaufen.

Wie können Menschen trotz dieser Situation ihren Lebensunterhalt und somit ihre soziale Reproduktion sichern?

Um ihren Lebensunterhalt zu sichern, machen Menschen, wie bereits erwähnt, erstens Schulden und reduzieren zweitens ihren Konsum von überlebensnotwendigen Dingen. Damit verschlechtert sich ihre Lebensqualität. Soziale Reproduktionsarbeit wie die Betreuung der Kinder oder die Pflege anderer Familienmitglieder wird häufig geopfert, weil sich die Arbeitszeit erhöht. Viele müssen aufgrund ihrer Situation Überstunden machen oder sich Nebenjobs suchen.

In Europa wird im politischen Diskurs das Verständnis, die Finanz- und Wirtschaftskrise sei eine Krise des Kapitalismus, häufiger als vorher formuliert. Wie könnten alternative Wege aus der Krise in Indonesien aussehen?

Viele Menschen in Indonesien sind apolitisch und es fehlt an kritischem Denken. Das ist eine Folge der Herrschaftspraktiken der repressiven und gleichzeitig kapitalismusfreundlichen *Neuen Ordnung*¹. Die ökonomische Krise wird selten als Krise des Kapitalismus verstanden, sondern als Schicksalsschlag oder als unkontrollierbarer Zustand. Die Gründe *dieser* Krise zu verstehen, heißt zu verstehen, was Kapitalismus bedeutet und warum dieses System immerzu Krisen produziert, ja sogar auf der Schaffung von Krisen basiert. Organisationen von ArbeiterInnen, Bauern- und Bäuerinnen, FischerInnen und der städtischen Armen beginnen zu formulieren, dass eine Notwendigkeit besteht, eine alternative Lösung der Krise zu

native Lösung der Krise zu finden.

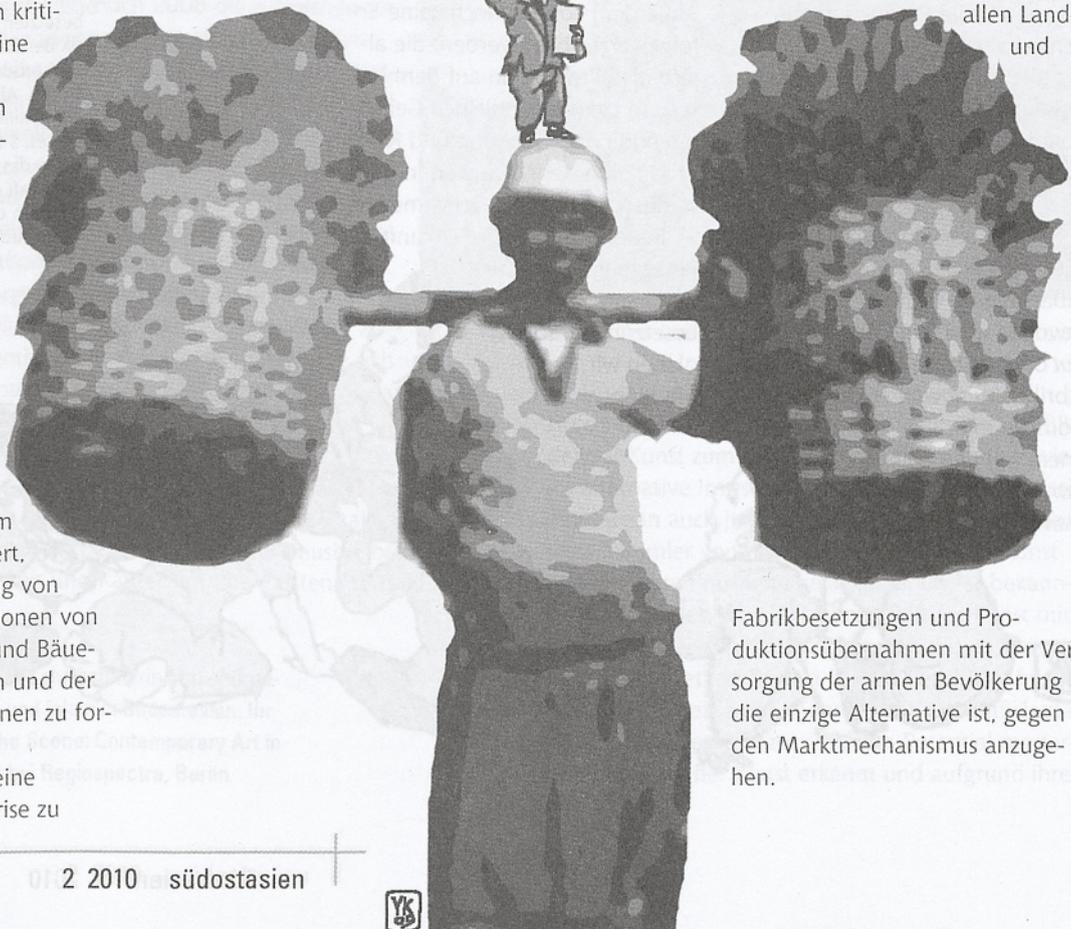
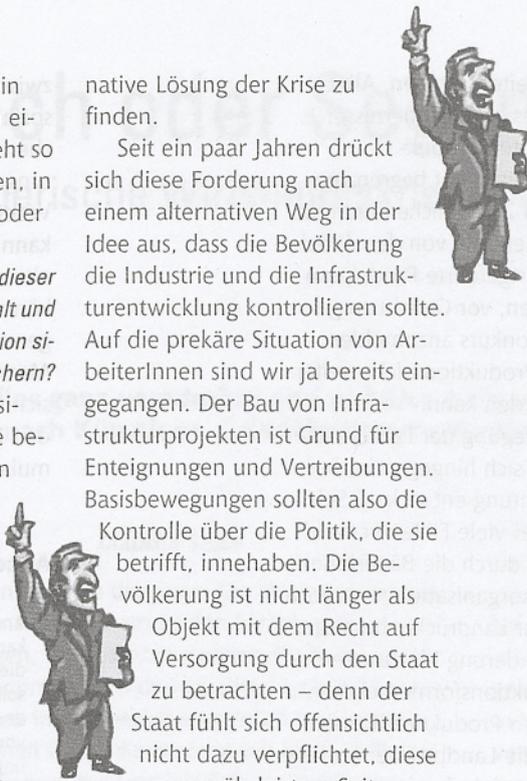
Seit ein paar Jahren drückt sich diese Forderung nach einem alternativen Weg in der Idee aus, dass die Bevölkerung die Industrie und die Infrastrukturentwicklung kontrollieren sollte. Auf die prekäre Situation von ArbeiterInnen sind wir ja bereits eingegangen. Der Bau von Infrastrukturprojekten ist Grund für Enteignungen und Vertreibungen. Basisbewegungen sollten also die Kontrolle über die Politik, die sie betrifft, innehaben. Die Bevölkerung ist nicht länger als Objekt mit dem Recht auf Versorgung durch den Staat zu betrachten – denn der Staat fühlt sich offensichtlich nicht dazu verpflichtet, diese zu gewährleisten. Seit

Jahren fordern etwa Bewegungen ihr Landrecht ein, auf das sie aufgrund des Agrargesetzes² eigentlich einen Anspruch haben, aber sie werden immer weiter an den Rand gedrängt. Bäuerinnen- und Bauernorganisationen organisieren bereits seit zehn Jahren die Wiederaneignung von Land in ländlichen Re-

gionen. ArbeiterInnen fordern Gerechtigkeit in ihren Arbeitsverhältnissen, jedoch können sie nichts ausrichten, wenn sie von Massenentlassungen betroffen sind. PRP und das progressive ArbeiterInnenbündnis KASBI fangen gerade an, Kampagnen zu initiieren und darum zu werben, verlassene Fabriken zu besetzen. Viele Fabriken wurden von Unternehmen aufgegeben, die lieber ihren Profit retten als in den Schwankungen des Spekulationsmarktes unterzugehen. Zeigt sich der Marktmechanismus heute als einziger Weg aus der Krise, könnte er Konkurrenz bekommen durch einen Mechanismus der sozialen Zusammenarbeit zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen der arbeitenden Bevölkerung, die ja sehr zahlreich ist.

Die Hauptschwierigkeit besteht darin, dass die Praxen alternativer Ökonomien noch nicht gut vernetzt sind. Die Bewegung ist fragmentiert, so dass diese Ansätze trotz ihres Potenzials noch nicht im Stande sind, den Marktmechanismus tatsächlich herauszufordern. Aber im Prinzip geht es um die Idee, dass die Vernetzung von allen Land- und

Fabrikbesetzungen und Produktionsübernahmen mit der Versorgung der armen Bevölkerung die einzige Alternative ist, gegen den Marktmechanismus anzugehen.



Welche Beispiele alternativer Ökonomien wurden bisher erprobt und was kann aus ihnen gelernt werden?

Fabrikbesetzungen entstehen in Fällen von Auseinandersetzungen zwischen der Belegschaft und den Unternehmensleitungen wie etwa während Streiks. Allerdings werden in den meisten Fällen die Fabriken nur während der kurzen Zeit besetzt gehalten, in der die Verhandlungen mit der Unternehmerschaft um Löhne und Leistungen laufen. Nachdem Einigungen über die Forderungen nach Zahlung der Löhne und Abfindungen gefunden werden, wird die Übernahme der Fabrik oftmals nicht weitergeführt. Darauf reagieren Unternehmen, indem sie sich nicht mehr um die Fabrik kümmern. Den Unternehmen ist es egal, ob die Fabrik besetzt ist, weil das Kapital als Sicherheit bei der Bank liegt. In den letzten Jahren wurden jedoch neue Erfahrungen gemacht. Die Erfahrung der PT Istana Magnoliatama³ der letzten drei Jahre zeigt, dass die ArbeiterInnen die Fabrik besetzt halten können und die Produktion ohne die ArbeitgeberInnen fortsetzen können. In einem begrenzten Ausmaß können sie zeigen, wie die Produktion aufrechterhalten werden kann, ohne dass die Qualität sinkt. Aufträge begrenzten Umfangs kommen von KleinunternehmerInnen, die ein Interesse an Qualität und erschwinglichen Preisen haben. Diese Form der Produktion eröffnet also Alternativen zu den Massenentlassungen. Wenn der Staat dazu bewogen wird, eine Art von *Bail Out* oder finanzielle Hilfen für die Fabriken zu gewähren, kann die Industrie mit einem *workers man-*

agement weiterbestehen. Allerdings gibt es zwei Hindernisse: 1. Die begrenzten Produktionskapazitäten mit begrenztem Kapital und 2. Versuche durch die Unternehmen, die von den ArbeiterInnen fortgeführte Produktion zu sabotieren, vor Gericht zu gehen oder Konkurs anzumelden, damit die Produktion nicht weitergeführt werden kann.

Die Bewegung der Landbesetzungen hat sich hingegen in eine andere Richtung entwickelt. Seit 1998 gibt es viele Fälle der Landrücknahme durch die Bäuerinnen- und Bauernorganisationen. Jedoch geht mit der Landrücknahme oft keine Veränderung hin zu alternativen Produktionsformen einher. An den alten Produktionsweisen, die durch die Landbesitzer und die Plantagenwirtschaftsunternehmen eingeführt wurden, ändert sich wenig. Langfristig bedeutet das, dass sich die Bewegungen nicht lange halten können. Oftmals wird das besetzte Land von den LandarbeiterInnen verlassen, weil diese die Nutzung nicht optimal gestalten. Die Konkurrenz unter den neuen Landbesitzern spaltet zusätzlich die LandarbeiterInnen. Außerdem können noch keine Erfolge verzeichnet werden, die alternative Produktion auf dem besetzten Land in ländlichen Gebieten und der Produktion und Reproduktion der Menschen in den städtischen Gebieten zu vernetzen.

Reden wir über die Zukunft der Bewegung der Fabrik- und Landbesetzungen, so planen wir, Verbindungen

zwischen der Produktion und der sozialen Reproduktion der ländlichen und der städtischen Bevölkerungen aufzubauen. Wenn diese Verbindung hergestellt werden kann, werden wir ein Modell einer alternativen Ökonomie erproben können, das tatsächlich ein Gegenmodell zum Mainstream des Marktmechanismus darstellt, der sich momentan voll und ganz auf den Profit und die Kapitalakkumulation orientiert.

Anmerkungen

- 1) Anm. d. Übersetzerin: Das unter Sukarno erlassene Agrargesetz von 1960 diente als Grundlage einer Landreform, sollte die Landbesitzverhältnisse modernisieren und hatte Umverteilungen von Landbesitz zum Ziel. Die extrem ungleichen Besitzverhältnisse und sowie die hohe Anzahl landloser Bäuerinnen und Bauern waren ein Erbe der kolonialen Herrschaft. Während der Diktatur Suhartos und auch danach wurde der Prozess der Landreform nicht weiter umgesetzt. Vielmehr führten politische Maßnahmen, Konzessionen und neue Gesetze zur Nutzung der natürlichen Ressourcen in Indonesien dazu, dass die Kontrolle über die Ressourcen und das Land wieder in den Händen einiger weniger liegt. In Landkonflikten wird häufig polizeiliche und militärische Gewalt angewendet.
- 2) Anm. d. Übersetzerin: Im Jahr 2007 besetzten ArbeiterInnen die Textilfabrik der Firma PT Istana Magnoliatama und produzieren seitdem selbstverwaltet. Als die Zulieferfirma für Markentextilien wie Adidas, Gap, Victoria's Secret, S Oliver Konkurs anmeldete, sollte das als Vorwand dienen, die Belegschaft durch LeiharbeiterInnen zu ersetzen und gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen zu entlassen.

